

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, der mit Schreiben vom 17. Mai 2006 (ausgehändigt am 29. Mai 2006) ausgesprochenen Kündigung der Rahmenvereinbarung Erdgas zum 31. 12. 2006 durch die EWE AG, Varel, zu widersprechen.**
- 2. Hilfsweise und rein vorsorglich ist ein Anspruch auf Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung entsprechend der den übrigen Kommunen im Versorgungsgebiet der EWE AG angebotenen Konditionen geltend zu machen.**

RM Just erklärt, dass der Vorschlag seiner Fraktion, eine Resolution zu verfassen, um auch politisch gegenüber der EWE Stellung zu nehmen, im Verwaltungsausschuss leider abgelehnt wurde. Dennoch ist er der Meinung, dass der EWE diese politische Antwort gegeben werden sollte, da der bisherige Beschluss eine rein juristische Antwort ist. Die fünf Kommunen, die gegenüber der EWE die Zahlung der Gaspreiserhöhung verweigern, sollten moralisch und politisch unterstützt werden. Gegenüber der EWE sollte deutlich gemacht werden, dass ihre Geschäftspraktiken unfair sind und sie ihr regionales Monopol missbraucht für den Versuch einer Erpressung, der zurückgewiesen werden sollte. Gleichzeitig sollte gefordert werden, da die EWE sich in kommunalem Besitz befindet, dass der Landkreis Friesland, der zweitgrößter Anteilseigner und auch in den Aufsichtsgremien der EWE vertreten ist, durch seine Vertreter gegenüber der EWE vorstellig wird und sich dafür einsetzt, dass Schortens und die anderen vier Kommunen die gleichen Verträge bekommen wie alle anderen.

RV Lahl bittet RM Just, bei seiner Wortwahl vorsichtiger zu sein, da der Vorwurf der Erpressung ein Straftatbestand und sicherlich nicht angemessen ist, auch bei einer Auseinandersetzung von dieser Güte und Qualität. Wer den Vorwurf der Erpressung führt, hat ihn zu beweisen.

RM Thiesing stimmt RM Just inhaltlich zu. Er ist jedoch der Meinung, dass der vorliegende Beschlussvorschlag hierfür vollkommen ausreichend ist. Die Stadt befindet sich in einer juristischen Auseinandersetzung und er hält es für äußerst wichtig, korrekte Beschlüsse zu fassen. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag sollte zugestimmt werden, eine schriftliche Resolution hält er jedoch nicht für notwendig.

RM Torkler erklärt, dass seitens des Bürgermeisters in der Öffentlichkeit bereits alles gesagt wurde was es dazu zu sagen gibt und daher hält auch er eine Resolution für überflüssig.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.